

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Belit Onay und Dragos Pancescu (GRÜNE)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung

**PolizeiClient mit Problemen?**

Anfrage der Abgeordneten Belit Onay und Dragos Pancescu (GRÜNE), eingegangen am  
07.03.2018 - Drs. 18/474  
an die Staatskanzlei übersandt am 13.03.2018

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung  
vom 23.03.2018,

gezeichnet

In Vertretung

Stephan Manke

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Seit dem Kabinettsbeschluss vom 19.01.2016 arbeitet die Landesregierung an der neuen IT-Ausstattung bei der Polizei in Niedersachsen mit der Übertragung zu IT.Niedersachsen (IT.N). Am 02.08.2017 ist das Projekt PolizeiClient in den Pilotbetrieb gegangen. Die Polizeiinspektion (PI) Diepholz testete als erste Polizeidienststelle die neue IT-Arbeitsplatzausstattung der Polizei im laufenden Testbetrieb.

Nach dem Abschluss der Pilotphase sollte der offizielle Rollout in der PI Delmenhorst/Oldenburger-Land/Wesermarsch und die PI Cloppenburg/Vechta und Verden/Osterholz folgen sowie dann alle Flächenbehörden, das Landeskriminalamt Niedersachsen, die Polizeiakademie Niedersachsen sowie die Zentrale Polizeidirektion Niedersachsen (ZPD NI).

Ziel ist es, bis Ende 2018 im Rahmen des Projekts ca. 19 000 PC-Arbeitsplätze der Polizei Niedersachsen zu modernisieren und als System zu vereinheitlichen.

**Vorbemerkung der Landesregierung**

Im November 2014 wurde durch Entscheidung des Ministers für Inneres und Sport der Startschuss für eines der größten Infrastrukturprojekte in der Polizei des Landes Niedersachsen gesetzt - die Modernisierung und Neugestaltung der gesamten IT-Infrastruktur für die Polizei Niedersachsen.

Mit dem Ziel einer Standardisierung der hard- und softwaretechnischen IT-Plattform und einer weitestgehenden Zentralisierung nahezu aller IT-Aufgaben wurde in einem Kooperationsprojekt der Polizei Niedersachsen mit IT.Niedersachsen (IT.N) die technische und strukturelle Basis für eine moderne und zukunftsfähige IT der Landespolizei gelegt.

Im August 2017 begann mit einer Pilotierung in der Polizeiinspektion Diepholz im Rahmen des Projekts „PolizeiClient“ (PoC) die Ausstattung der Polizei mit einer neuen Serverlandschaft sowie modernsten stationären und mobilen PC-Arbeitsplätzen. Mit dem Betriebssystem Windows 10 und einer aktuell nach höchstem Standard entwickelten Sicherheitsarchitektur zukunftsfähig gerüstet, werden aktuell bis Ende 2018 rund 19 000 Arbeitsplatzausstattungen an die Polizei ausgegeben. Mit der Auslieferung der Hardware übernimmt IT.N den Betrieb der polizeilichen IT vom Rechenzentrum bis hin zu den Endgeräten.

Die Realisierung dieses Projekts wird die Polizei in bisher nie da gewesener Weise von vollzugsfremden Aufgaben entlasten. Polizistinnen und Polizisten, die ebenso wie Beschäftigte bisher als IT-Fachpersonal in den Dienststellen der Polizei eingesetzt und gebunden waren, stehen nun für andere Aufgaben zur Verfügung.

Gleichzeitig sind insbesondere die Voraussetzungen geschaffen,

- unnötige Lagerhaltung (Reserven) durch eine professionalisierte Betriebsorganisation zu vermeiden,
- Softwarestandards und -versionen auf aktuellstem Stand zu betreiben und damit insbesondere auch Sicherheitsstandards einzuhalten,
- Lizenzkosten durch ein zentralisiertes Lizenzmanagement zu reduzieren bzw. zu begrenzen und
- bereits landesintern notwendige Schritte zur IT-Harmonisierung und Konsolidierung mit Blick auf bundesweite Bestrebungen im Rahmen des Programms Polizei 2020 zu vollziehen.

**1. Wie ist der aktuelle Stand der Implementierung des Projekts PolizeiClient in die einzelnen Dienststellen der Polizei in Niedersachsen?**

Bis zum 22.03.2018 wurde der Rollout des „PolizeiClients“ in den Dienststellen der Polizeidirektionen Oldenburg und Osnabrück komplett abgeschlossen. Zudem wurden über die Lokationen Oldenburg und Osnabrück auch dortige Organisationsbereiche der Polizeiakademie Niedersachsen (PA NI) und der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen (ZPD NI) mit berücksichtigt.

Mit Stand 23.03.2018 sind 6 030 Clients ausgerollt.

Der gesamte Rollout in der Polizei Niedersachsen (inklusive Pilot) wurde für den Zeitraum vom 04.10.2017 bis 31.10.2018 geplant.

**2. Welche Probleme werden in den Erfahrungsberichten (z. B. PD OL) der Polizeidienststellen beschrieben, und welche davon sind bereits behoben?**

Die PD Oldenburg hat am 29.12.2017 in einem ersten Erfahrungsbericht zunächst festgestellt, dass eine qualitative Bewertung des Projekts „PolizeiClient“ mit diesem Bericht weder beabsichtigt noch erfolgt sei. Der Bericht stellte die einzelnen Etappen des Rollouts in und aus Sicht der PD Oldenburg dar (bis einschließlich 12/2017). Er sollte unter vorausschauenden Gesichtspunkten, insbesondere für die noch nachfolgenden Behörden, mögliche Störungsquellen und Lösungsansätze aufzeigen sowie Optimierungsmöglichkeiten für den weiteren Rollout-Verlauf bieten. Insoweit stellte die PD Oldenburg im Wesentlichen fest, dass auch mit den bisherigen Erfahrungen die Ziele des Projektes PolizeiClient als richtig und wichtig zu bewerten seien. Sie ging zudem davon aus, dass auch mit dem Voranschreiten des Rollouts sukzessive mehr und mehr der erkannten „Kinderkrankheiten“ beseitigt werden können.

Seitens der Projektleitung „PolizeiClient“ war von vornherein klar - und auch entsprechend mit der PD Oldenburg kommuniziert worden - dass der PD Oldenburg als erster „PoC-Behörde“ die Aufgabe zugeschrieben wurde, auftretende Schwächen in dem aufwachsenden Echtbetrieb mit festzustellen, zu bewerten und in der gemeinsamen Erarbeitung mit der Stabsstelle, mit IT.N und den anderen Behörden und der PA NI zur Beseitigung beizutragen.

Insgesamt hat sich nach Berichterstattung der PD Oldenburg und darauf aufsetzenden Bewertungen der Zentralen Polizeidirektion, von IT.N und der Projektleitung gezeigt, dass Verbesserungspotenzial vorhanden ist, jedoch nicht jede Veränderung in der Wahrnehmung insbesondere der Nutzerinnen und Nutzer mit Verschlechterung gleich zu setzen ist, insbesondere mit Blick auf Komforteinschränkungen, die sich aus erforderlichen Standardisierungen ergeben.

Auf der Grundlage des Berichts der PD Oldenburg lassen sich einzelne Problemstellungen dahingehend zusammenfassen, dass

- die Nutzung der Diktiersoftware derzeit noch mit Komforteinschränkungen verbunden ist, da es zu den vier im Einsatz befindlichen Systemen jeweils manueller Anpassungen am Arbeitsplatz bedarf, was durch eine frühzeitigere Standardisierung auf ein Produkt hätte vermieden werden können,
- der Zugriff auf Daten auf gemeinsamen Ablagen während des Rollouts zu Schwierigkeiten führte, die aber auf die Migrationsphase begrenzt sind, mit Inbetriebnahme der PoC nicht immer der komplette Umfang der bestellten Software vorinstalliert ist und in der Folge eine Vielzahl an Produkten nachgeladen werden muss; Möglichkeiten der Erweiterung der Vorinstallation werden im Rahmen eines dauerhaft angelegten Evaluationsprozesses geprüft,
- Druckservices („FollowMe-Printserver“) auf dem PoC manuell eingerichtet werden müssen; eine Anpassung der Einstellung wird im Rahmen der Evaluation ebenfalls geprüft.

**3. Können bei den bereits eingerichteten Arbeitsplätzen alle jeweils für das Aufgabengebiet notwendigen Programme genutzt werden, und sind die PCs jeweils profilgesichert? Wenn nein, woran liegt das, und ab wann kann die umfassende Nutzung sichergestellt werden?**

Auf allen bisher ausgelieferten 6 030 Clients (Stand: 23.03.2018) sind alle für die Aufgabengebiete erforderlichen Anwendungen nutzbar, es sein denn, für eine Software liegt kein aktueller Lizenznachweis vor und/oder die Software ist beim Lauffest durchgefallen, sodass sie nicht auf dem neuen Windows-10-Betriebssystem lauffähig ist.

Für den PolizeiClient gilt im Rahmen der neuen Sicherheitsarchitektur der Grundsatz, dass aus Sicherheitsgründen immer nur die aktuellste, unter Windows 10 lauffähige, Softwareversion eingesetzt werden darf.

In ihrem ersten Erfahrungsbericht vom 27.12.2017 berichtete die PD Oldenburg, dass das Benutzerprofil nach Nutzung eines PoC nicht auf einem zentralen Server gespeichert würde und es damit nicht möglich sei, sämtliche benutzerspezifischen Einstellungen (z. B. gewählter Drucker, Lesezeichen für Webanwendungen, Icons auf dem Desktop) so zu speichern, dass sie bei der Nutzung eines anderen PoC automatisch wieder bereitgestellt werden.

Diese Forderung wurde seinerzeit in den fachlich zuständigen Projektgruppen nicht erhoben und demzufolge nicht realisiert. Zum Thema Nutzerprofile wurde daher eine entsprechende Handreichung erstellt. Die aufgezeigten Komforteinschränkungen können damit erheblich reduziert werden. Eine vollumfängliche technische Lösung ist derzeit nicht möglich.

Die bisher nicht gelöste Anforderung Roaming Profiles wurde am 28.02.2018 in der ersten Sitzung zur Weiterentwicklung des PolizeiClients (IT-Board PolizeiClient) beschrieben. Sie wird im März 2018 an IT.Niedersachsen zur Prüfung auf Realisierungsmöglichkeiten abgegeben.

**4. In welchen PDs, PIs sowie in welchen sonstigen Dienststellen wie dem LKA, der Polizeiakademie oder der ZPD sind jeweils wie viele vollständig nutzbare Arbeitsplätze eingerichtet, und wann ist mit einer vollständigen Einrichtung und Nutzung zu rechnen?**

Behörde/Polizeiinspektion (Aufstellung in chronologischer Reihenfolge des erfolgten Rollouts)	Clientmenge
<b>PD Oldenburg</b>	
PI Diepholz	753
PI Delmenhorst/Oldenburg-Land/Wesermarsch	64
PI Cloppenburg/Vechta	342
PI Verden/Osterholz	363
PI Wilhelmshaven/Friesland PI Cuxhaven	349
PD Oldenburg Stab	507
ZKI Oldenburg (inkl. PA NI und ZPD NI in Lokation „Bloherfelder Str.“)	576
PI Oldenburg-Stadt/Ammerland (inkl. ZPD NI)	567
<b>PD Osnabrück</b>	

Behörde/Polizeiinspektion (Aufstellung in chronologischer Reihenfolge des erfolgten Rollouts)	Clientmenge
PD Osnabrück Stab	250
PI Osnabrück (inkl. ZPD NI)	759
ZKI Osnabrück (inkl. ZPD NI 7. BPH in Lokation „Mercatorstr.“)	466
PI Emsland/Grafschaft Bentheim	309
PI Leer/Emden	343
PI Aurich/Wittmund	382

Siehe Beantwortung der Frage 3.

**5. Welche Probleme mit jeweils welchem zusätzlichen Arbeitsaufwand sind bei Datenübernahme (automatisch oder von Hand) aus dem bisher genutzten System in den neuen PolizeiClient in den Dienststellen entstanden?**

Digitales Diktieren

In den Polizeibehörden werden derzeit Diktiergeräte von vier verschiedenen Herstellern eingesetzt. Zu jedem Hersteller muss dessen jeweilige Software verwendet werden. Technische und lizenzrechtliche Gründe haben zu zusätzlichen manuellen Aufwänden, insgesamt ca. 30 Personen-Tage Umstellungsaufwand an zentraler Stelle geführt.

Eine zentrale polizeieinheitliche Lösung ist derzeit in Vorbereitung.

Berechtigungsverwaltung

Im Betrieb der Berechtigungsverwaltung fallen händische Zusatzaufwände an, da die Pflege von Berechtigungen zurzeit nicht ausreichend komfortabel vorgenommen werden kann. Eine Lösung ist aktuell in Arbeit und voraussichtlich ab April 2018 nutzbar.

Mail-Migration

Die Migration der Maildaten erfolgt automatisiert über das zentrale Mail-Migrationsteam. Aufwände für die Anwenderinnen und Anwender entstehen dabei nicht. Zur Minimierung der Aufwände wird die Mail-Migration rollout-begleitend, jeweils auf der Ebene einer Polizeidirektion, durchgeführt. Anwender, die nach erfolgter Mailmigration noch keinen PoC im Zugriff haben, können über die Exchange Webschnittstelle (OWA) ohne Verzögerung auf das Mailsystem zugreifen.

Lediglich bei der Überführung der Kalenderdaten und der lokalen Adressbücher müssen die Anwenderinnen und Anwender selbst tätig werden. Für diesen Migrationsschritt wurden detaillierte Handlungsanweisungen bereitgestellt. Bei der Überführung der Adressdaten ist, bedingt durch den Architekturwechsel (Thunderbird → Outlook) in einigen Fällen ein händischer Übertrag erforderlich.

Fileserver-Migration

Die heterogenen Systemlandschaften, die in den Polizeibehörden historisch gewachsen sind, führen bei der Datenübernahme zu verschiedenen hohen Aufwänden. Daten und Verzeichnisstrukturen müssen auf den nun einheitlichen Standard des IT.N Fileservice angepasst werden. Da bisher in der Regel zwei Systeme (Windows und Linux) genutzt wurden, liegen häufig Inkompatibilitäten vor, die es bei der Dateiübernahme zu berücksichtigen und anzupassen gilt.

Solche Problemstellungen resultieren aus der maximalen Pfadlänge, nicht kompatiblen Zeichensätzen, Unterbrechungen in der Vererbung von Berechtigung und der Namensgebung von Ordnern mit Berechtigungsgruppen. Bestehende Rollengruppen für eine Berechtigungsverwaltung müssen für den künftigen Betrieb der neuen Ordnerstruktur im Zuge der Migration neu definiert werden.

Koordinatoren der Behörden sind für die Datenübernahme eigenverantwortlich zuständig und werden durch die ZPD NI beratend unterstützt. Die Endanwenderinnen und Anwender haben nur geringe Anteile an den entstehenden Mehraufwänden bei der Datenübernahme im Fileservice.

### Elektronische Kriminalakte

Bedingt durch den Einsatz von Multifunktionsgeräten anstelle von Arbeitsplatzscannern erhöhen sich die manuellen Aufwände für die Digitalisierung von Papierakten-Bestandteilen und deren Speicherprozedur in der Anwendung Elektronische Kriminalakte (EIKa). Möglichkeiten zur Gestaltung eines angepassten Workflows bestehen wiederum durch Verwendung von Arbeitsplatzgeräten; dies obliegt im Rahmen der Einzelfallprüfung den Behörden und Dienststellen im Rahmen ihres Budgets.

### Internetzugriff

Beim Internetzugriff besteht aktuell aufgrund fehlender intelligenter Browsersteuerung die Notwendigkeit, mit jedem Zugriff selbst den geeigneten Browser auswählen zu müssen. Diese Problemstellung befindet sich derzeit auch im Zusammenhang mit der Speicherung von Nutzerprofilen in der technischen Prüfung.

## **6. In welchen Dienststellen sind wie viele Administratoren seit wann oder wurden bis wann beschäftigt / eingesetzt, um die Umsetzung und die Hilfestellungen für die Beamtinnen und Beamten vor Ort sicherzustellen?**

Zur realistischen Feststellung des Personaleinsatzes im Sinne der Fragestellung hat die PD Oldenburg ausweislich ihres Berichts den Begriff „Administrator“ im Verständnis der Kleinen Anfrage erweitert. Eine detaillierte (tagesgenaue) Darstellung ist dabei nicht übersichtlich möglich. Daher wurden relevante Phasen zur Abfrage an die nachgeordneten Dienststellen gestellt. Danach wurden die in der Tabelle aufgeführten Personen eingesetzt, welche zur

- Planung und Vorbereitung des Rollout inkl. Mengenberechnungen, Bestellvorbereitung und Bestellauslösung,
- Durchführung und Begleitung des Rollout,
- Vorbereitung und Durchführung der (Daten-) Migrationen,
- IT-Koordination,
- Anwenderbetreuung

eingesetzt waren bzw. immer noch eingesetzt werden.

Die Aufzählung bezieht sich ausschließlich auf eingesetzte ganze Personen, eine Detaillierung nach Arbeitszeitanteilen oder Berechnung auf Vollzeit-Äquivalente ist nicht darstellbar. Lediglich die Differenzen der tageweisen Einsatzstärken wurden zur leichteren Veranschaulichung gemittelt.

Der weiterhin erfolgende Personaleinsatz i. Z. m. dem PolizeiClient beinhaltet vor allem

- die IT-Koordination gemäß einem auf Behördenebene noch zu erstellenden Aufgabenportfolio,
- die Benutzer- und Berechtigungsverwaltung,
- die Anwenderbetreuung sowie
- die Betreuung von temporär noch zu betreibenden Systemen (beispielsweise Fileservice).

Dienststelle	Personaleinsatz in der Phase					weiterhin
	Planung und Vorbereitung des Rollout inkl. Mengenberechnungen, Bestellvorbereitung und Bestellauslösung	Durchführung und Begleitung des Rollout	Datenmigration	IT-Koordination	Anwenderbetreuung	
Polizeiinspektion Cloppenburg/Vechta	2	5	5	2	2	2
Polizeiinspektion Cuxhaven	2	25	1	2	2	2
Polizeiinspektion Delmenhorst/Oldenburg-Land/Wesermarsch	10	10	6	2 (+8 temp.)	10	6
Polizeiinspektion Diepholz	4	21	3	2	3	3
Polizeiinspektion Oldenburg-Stadt/Ammerland	2	30	2	2	3 (+30 temp)	3
Polizeiinspektion Verden/Osterholz	3	15	2	2	3	3
Polizeiinspektion Wilhelmshaven/Friesland	4	15	2	3	3	5
Wasserschutzpolizeiinspektion	1	1	1	1	1	1
Zentrale Kriminalinspektion Oldenburg	1	3	1	1	2	1
Stab der Polizeidirektion Oldenburg	5	9	3	2	5	4

Der Personaleinsatz für weiterhin zu betreibende andere IT ist hier nicht berücksichtigt.

Die Einführung des PolizeiClients in der PD Osnabrück läuft aktuell. Sie hat am 12.02.2018 begonnen und konnte am 23.03.2018 in der Polizeiinspektion Aurich/Wittmund abgeschlossen werden.

Die Gewährleistung der Umsetzung sowie Hilfestellung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Behörde wurde durch einen rollierenden Einsatz von Fach- und Unterstützungskräften aus verschiedenen Bereichen der Alltagsorganisation unter Beachtung des Territorialprinzips sichergestellt.

In der Vorplanungsphase zur Einführung des PolizeiClient waren seit Anfang 2016 zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den FEM-Bereichen mit Administratorenfunktionalität als temporäre IT-Koordinatoren eingebunden. Im letzten halben Jahr vor Beginn des Rollouts haben diese Beschäftigten nahezu in Vollzeit für die Einführung gearbeitet.

In Vollzeit waren im letzten halben Jahr vor Beginn des Rollouts zusätzlich vier Mitarbeiter mit Administratorenfunktionalität des Dezernats 14 sowie sieben Beschäftigte der PI Osnabrück für die Einführung des PolizeiClients tätig.

Während der eigentlichen Rolloutphasen waren jeweils ca. 20 zusätzliche Unterstützungskräfte in den jeweiligen Lokationen für die Gewährleistung des Rollouts und die damit verbundene polizeiliche Anwendungsbetreuung im Einsatz.

In der Summe ist festzustellen, dass jede/jeder dieser insgesamt ca. 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit diesen Aufgaben drei bis fünf Tage beschäftigt war bzw. es zum Teil noch ist.

**7. Wie hoch waren die tatsächlichen Kosten für die Migration und den Betrieb im Jahr 2017? Wie hoch werden die Kosten in den Jahren 2018 und 2019 voraussichtlich sein?**

Im Jahr 2017 sind der Landespolizei 4,776 Millionen Euro Migrationskosten entstanden. Hinzu kommen 1,701 Millionen Euro Vorlaufkosten, also Kosten, die bei IT.N für den Aufbau bzw. die Aufrechterhaltung des Betriebs entstehen, aber noch nicht über den Produktpreis abgerechnet werden können.

Die abgerechneten Betriebskosten in 2017 betragen 0,293 Millionen Euro.

Laut aktueller Planung von IT.N und der Landespolizei werden im Jahr 2018 Migrationskosten i. H. v. 3,437 Millionen Euro und Vorlaufkosten i. H. v. 4,636 Millionen Euro anfallen.

Für den Betrieb der aufwachsenden Anzahl an Clients werden 16,119 Millionen Euro in Rechnung gestellt werden.

Ab dem ersten vollen Betriebsjahr nach Ende der Migrationsphase 2019 werden die jährlichen Kosten laut Planung, unter Berücksichtigung des angepassten PoC-Preises, 28,965 Millionen Euro betragen.

**8. Welche Informationen hat die Landesregierung über die Zufriedenheit der Beamtinnen und Beamten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit der Implementierung und Anwendung beschäftigt sind?**

Eine empirische Erhebung zur Fragestellung hat bisher nicht stattgefunden. Daher werden nachfolgend Aussagen zur Zufriedenheit auf Grundlage von Gesprächen und der Erfahrungen der Verantwortlichen in den Dienststellen zusammenfassend dargestellt, wobei unterschiedliche Perspektiven zu berücksichtigen sind.

Anwenderinnen und Anwender von Standard-Anwendungen nehmen die Neuerungen der hochwertigen Hardwareausstattung positiv wahr, zeigen aber Irritationen und anfängliche Unsicherheiten bei der Nutzung der Bürokommunikationsanwendungen, da hier teilweise erhebliche Versions-sprünge erfolgt sind bzw. Anwenderinnen und Anwender bislang auf andere Softwareprodukte (überwiegend OpenSource) angewiesen waren. Negativ wird das Fehlen serverbasierter Profile bzw. Roaming Profiles beurteilt, sowie der Bedarf der Nutzung von bis zu vier Webbrowsern berichtet.

Anwenderinnen und Anwender von speziellen Fachanwendungen zeigen sich bei der Nutzung der auf dem PolizeiClient verfügbaren Fachanwendungen offen. Störend wird überwiegend eine nach der Errichtung der neuen Sicherheitsarchitektur des PolizeiClients erfolgte Beschränkung der Nutzung von nicht migrationsfähigen Fachanwendungen auf gesonderten Systemen (nicht PoC) empfunden. Darüber hinaus werden Effizienzverluste dargestellt, da teilweise noch nicht alle Fachwendungen vom PolizeiClient aus erreichbar sind bzw. vorübergehend gesonderte Hardware zu nutzen und mitzuführen ist.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den FEM-/IT-Bereichen sind bezüglich der Nutzung des PolizeiClients offen, allerdings durch zum Teil nicht erfüllte Erwartungen auch negativ eingestellt.

Die zur Verfügung stehende Hardware einschließlich der Peripheriegeräte auf dem aktuellen Stand der Technik wird in der Mitarbeiterschaft als große Verbesserung empfunden. Die Zufriedenheit diesbezüglich sei hoch, insbesondere die starke Performance der eingesetzten Systeme werde ausdrücklich geschätzt.

Unzufriedenheiten und Unsicherheiten bestehen partiell im Zusammenhang mit den sogenannten AFS-Konten (siehe Beantwortung der Frage 2) und zu Abläufen zum Digitalen Diktieren.

In der Gesamtbetrachtung sind aus Sicht des MI bei einem Projekt dieser Größenordnung

- in einem Flächenland mit über 600 Lokationen und fast 1 000 Dienstgebäuden,
- mit der Neukonzipierung und dem Aufbau einer aktuell nach höchstem Standard entwickelten sicheren Infrastruktur,

- der Konsolidierung von über 1 000 Softwareprodukten,
- der Einführung eines zentralen und intelligenten Lizenzmanagements,
- der Umstellung auf ein einheitliches neues Betriebssystem,
- der Neuausstattung von 19 000 Büroarbeitsplätzen bei gleichzeitiger deutlicher Reduzierung des bisherigen Hard- und Softwarevolumens,
- der Planung und Umsetzung eines bisher reibungslos verlaufenden Rollouts sowie
- dem Outsourcing von vielfältigen vollzugsfremden Aufgaben hin zu einem neuen Dienstleister

die von den Polizeidirektionen Oldenburg und Osnabrück dargelegten Aspekte aus deren Sicht nachvollziehbar, jedoch in der jetzigen Phase des Rollouts und der Aufnahme des Betriebs als absolut akzeptabel und in der Summe wie auch im Einzelnen als unkritisch und den Projekterfolg nicht gefährdend zu bewerten.